

Festung oder Solidargemeinschaft: Die Europawahl als Lagerkampf

Von **Steffen Vogel**

Alle schauen schon auf den Mai“, weiß Ungarns rechtsnationaler Premierminister Viktor Orbán. Bei der anstehenden Europawahl gelte es, „die Ideologie des Globalismus“ zurückzuweisen und damit all jene, die ein europäisches „Imperium“ errichten wollten, mit „multikulturellen, gemischten Bevölkerungen“ und einer „Koalition mit Finanzspekulant¹“. Auch das linksliberale Spektrum stimmt sich mit markigen Worten auf den Urnengang vom 23. bis zum 26. Mai ein: „Wir müssen einen großen Kulturkampf um die Zukunft führen, gemeinsam mit Macron und gegen Orbán, für Werte und gegen Mauern“, erklärte Matteo Renzi, Italiens ehemaliger Regierungschef.²

Tatsächlich fällt diese Europawahl in historisch bewegte Zeiten. Sie ist die letzte in der Ära Angela Merkels, die seit Beginn der Eurokrise im Jahr 2010 für einige Jahre so etwas wie die inoffizielle Kanzlerin von Europa war und dafür wohl ebenso viel Achtung wie Ablehnung erntete. Zugleich ist diese Wahl die erste in der Amtszeit von Emmanuel Macron, der vor anderthalb Jahren mit viel Verve angetreten war, den Kontinent zu erneuern und jetzt schon um sein politisches Überleben kämpft. Diese Europawahl ist auch die erste, seit Alexis Tsipras 2015 in Brüssel eine demütigende Niederlage einstecken musste und damit die Hoffnungen vieler Linker enttäuschte. Und schließlich ist der europäische Urnengang der erste seit dem Brexit-Votum und der Regierungsbeteiligung der Rechtsradikalen in Rom und Wien.

Wie unter einem Brennglas verdichten sich so die Probleme und Krisen der vergangenen Jahre. Oft heißt es nun, im Mai stünden sich Freunde und Feinde der EU gegenüber. Dieses Narrativ bedienen – wenn auch unter anderen Vorzeichen – Liberale wie Renzi und Macron ebenso sehr wie die Autoritären vom Schlage Orbáns oder Marine Le Pens. Sie alle hoffen, über eine solche Polarisierung ihre Kernmilieus massiv zur Stimmabgabe zu motivieren, was bei der traditionell niedrigen Wahlbeteiligung über Sieg oder Niederlage entscheiden kann.

Doch dieses Bild ist zu einfach: Wir erleben keinen schlichten Kampf für oder wider die EU. Denn anders als die Brexiteers – deren Beispiel allgemein abschreckend wirkt – haben sich die übrigen nationalistischen Kräfte des Kontinents mehrheitlich für eine andere Strategie entschieden: Sie wollen die

1 Zit. nach Lili Bayer, Orbán warns of dangers of European ‚empire‘, www.politico.eu, 23.10.2018.

2 @matteorenzi, 21.10.2018

Europäische Union nicht verlassen, sondern sie von innen bis zur Unkenntlichkeit deformieren. Der Kampf zwischen Europäern und Anti-Europäern findet also innerhalb der EU statt. Dabei geht es um das künftige Gesicht der Union.

Vier Strömungen ringen derzeit um die Vorherrschaft auf dem Kontinent: Rechte Nationalisten wollen eine nach außen wie innen autoritär formierte Festung Europa errichten. Überwiegend konservative Kräfte arbeiten an der Bewahrung des Status quo, was darauf hinausläuft, die massive Ungleichheit weiter zu zementieren und den offenkundigen Mangel an europäischer Demokratie hinzunehmen. Dagegen wollen liberale Reformer neue demokratische, gesamteuropäische Institutionen etablieren. Und die Linke kämpft für verschiedene Varianten eines europäischen Sozialmodells.

Von der Stärke dieser vier Lager wird abhängen, wohin sich die EU entwickelt: Wird sie durch gestärkten Zusammenhalt neu erstarren oder aufgrund ihrer bekannten Schwächen immer weiter auszehren? Bleibt sie ein liberaler Faktor in einer zunehmend umkämpften Weltordnung – oder reiht sie sich ein in die autoritäre Internationale von Trump, Bolsonaro und Putin?

Die Rechte als Sperrminorität?

Für letzteres stehen die diversen rechtskonservativen bis rechtsradikalen Kräfte auf dem Kontinent. Spätestens seit dem Brexit sind diese nationalistischen Parteien nicht mehr durchweg erklärte Gegner der EU an sich, oft nicht einmal des Euro: So sehr das britische Votum in rechten Kreisen zunächst bejubelt worden ist, folgte die Ernüchterung doch auf dem Fuß. Heute kann niemand mehr so leicht behaupten, ein EU-Austritt wäre einfach zu bewerkstelligen – oder würde dem eigenen Land zum Vorteil gereichen.

Hinzu kommt: Nirgendwo in der EU, auch nicht in Polen oder Italien, gibt es derzeit anti-europäische Mehrheiten in der Bevölkerung. Und je mehr die Rechtsaußenparteien ihre Nischen verlassen und nach der Macht schießen, desto mehr müssen sie darauf Rücksicht nehmen. So musste Marine Le Pens Rassemblement National nach den französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2017 erkennen, dass ihre Kampagne gegen den Euro bürgerliche Wähler verschreckt hatte, die genug zu verlieren haben, um Währungsturbulenzen und Wirtschaftskrisen zu fürchten.

Dennoch sind diese Parteien dezidiert anti-europäisch, nämlich in ihrem Angriff auf die Grundwerte des vereinten Europas, wie sie etwa in der Grundrechtecharta niedergelegt sind, und in ihren Kampagnen gegen internationale Zusammenarbeit. Eine EU nach ihren Vorstellungen – mit permanenten inneren Grenzkontrollen, systematischer Ausgrenzung von Minderheiten und demontierten Rechtsstaaten – würde den Gedanken des vereinten Europas zur bösen Karikatur verkommen lassen.

Bei den Europawahlen können die Nationalisten mit kräftigem Zuwachs rechnen und werden mit zwei Fraktionen ins Parlament einziehen. Schon beim letzten Urnengang 2014 errangen rechte Kräfte in Frankreich und Dänemark den ersten Platz vor ihren demokratischen Konkurrenten und

konnten insgesamt nahezu ein Fünftel der Sitze in Straßburg und Brüssel erobern. Seitdem haben sie vielerorts teils dramatisch zugelegt. Le Pen frohlockt daher bereits: „Zum ersten Mal in der Geschichte gibt es die Chance, die bestehende Mehrheit im EU-Parlament zu stürzen und dieser EU, die einfach nur schädlich ist, endlich einen Riegel vorzuschieben.“³

Neben ihrer Partei gehören die österreichische FPÖ und die italienische Lega zu den tragenden Säulen der rechtsradikalen Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF). Unterstützt von Steve Bannon,⁴ mit dem die ENF Anfang Dezember 2018 in Brüssel auftrat, dürfte sie deutlich vor Linken und Grünen landen. Daneben wird sich eine zweite rechte Fraktion neu formieren, nämlich die im Vergleich bislang etwas gemäßigeren, eher nationalkonservativen Europäischen Konservativen und Reformer (ECR), um die polnische Regierungspartei PiS und die Schwedendemokraten. Dieser noch drittstärksten Fraktion gehören derzeit neben den britischen Tories – die nach dem Brexit nicht mehr im Parlament vertreten sein werden – auch die ehemaligen AfD-Leute um Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel an.

Auch wenn so mancher Rechter schon von der großen Entscheidungsschlacht gegen die sogenannten Globalisten phantasiert, sind die Nationalisten zumindest auf europäischer Ebene noch weit von einer Machtübernahme entfernt. Schon eine geeinte Fraktion scheiterte bisher an politischen Gegensätzen. Außenpolitisch etwa gibt es unüberbrückbare Differenzen zwischen der regelrecht russophoben PiS und den vom Kreml unterstützten Kräften, wie etwa dem Rassemblement National.

Grund zur Entwarnung ist das allerdings nicht: Gehen die Rechten aus der Wahl wie erwartet gestärkt hervor, könnte es ihnen gelingen, eine Blockadepolitik gegen missliebige Vorhaben zu organisieren. Das ist zwar schwieriger als in nationalen Parlamenten, da es in Straßburg und Brüssel keine Unterscheidung in Regierungs- und Oppositionsparteien gibt, wodurch Mehrheiten flexibler zustande kommen. Doch könnten die Rechten von Uneinigheiten oder Verunsicherungen der anderen Parteien profitieren. Die Hetzkampagne gegen den UN-Migrationspakt, den unter anderem Österreich, Ungarn und Polen schließlich nicht unterzeichneten, lieferte dafür einen Vorgeschmack.

Die Konservativen zwischen Orbán und Merkel

Das verweist auf ein zweites Einfallstor für rechte Strategien: Auch die Fraktionen der großen Volksparteien sind alles andere als frei von autoritären Kräften. Das betrifft insbesondere die christdemokratisch-konservative Europäische Volkspartei (EVP). In ihren Reihen finden sich neben der CDU/CSU auch die Forza Italia und die Fidesz von Viktor Orbán. Das wiegt umso schwerer, als die EVP seit langem die stärkste Kraft im Europaparlament bildet und ihren Vorsprung auf die Sozialdemokratie im Mai weiter ausbauen

3 Zit. nach Jürgen König, Erstarren der „Neuen Rechten“, www.deutschlandfunk.de, 3.11.2018.

4 Vgl. Steffen Vogel, Kampf um Europa: Bannon vs. Macron und Varoufakis, in: „Blätter“, 9/2018, S. 17-20.

dürfte. Damit hat sie den Posten des EU-Kommissionspräsidenten, der an die stärkste Fraktion geht, schon so gut wie sicher. Da die Konservativen zudem eine Vielzahl an Premierministern stellen, werden sie weitere wichtige Kommissare benennen können, die von den nationalen Regierungen vorgeschlagen werden.

Zuletzt stand die EVP vor allem für die Bewahrung des europäischen Status quo. Ihr Fokus lag auf der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsländer und der EU als ganzer. Grundlegende Probleme, insbesondere des Euroraums, die speziell Macron ansprach, wurden gerade auf konservativen Druck oft vertagt oder mit unzureichenden Formelkompromissen beantwortet. Das gilt beispielsweise auch für die im Dezember 2018 stolz präsentierte Eurozonenreform, die weder zu demokratischeren Strukturen, noch zu mehr Stabilität der Gemeinschaftswährung führen wird. „Für die nächste Krise ist die Eurozone nach heutigem Stand nicht viel besser gerüstet als in der Vergangenheit“, kommentierte treffend der grüne Europaabgeordnete Sven Giegold.⁵

Blockiert hatte in dieser Frage, wie schon so oft, die Bundesregierung unter Angela Merkel. Die Kanzlerin bildete über Jahre das politische Gravitationszentrum der EVP, an ihr orientierten sich viele Mitgliedsparteien, allen Attacken durch Orbán und Silvio Berlusconi zum Trotz. Mit ihrem Abgang deuten sich daher auch in der EVP Veränderungen an.

Ausgerechnet in diesem Moment übernimmt mit dem CSU-Politiker Manfred Weber ein anderer Deutscher die Spitzenkandidatur für die Konservativen. Scheinbar meldet Berlin jetzt also offen einen Führungsanspruch in der EU an. Noch während der Eurokrise waren die Widerstände gegen eine deutsche Hegemonie so stark gewesen, dass Merkel und ihre Minister solche Ambitionen stets dementierten. Sollte Weber – der in Brüssel als kollegial, aber politisch farblos gilt – an die Spitze der Kommission rücken, droht der EU jedoch ein schwacher Präsident. Hingegen hatte der scheidende Amtsinhaber Jean-Claude Juncker zumindest immer wieder versucht, ein starkes Mandat für die Kommission zu reklamieren. Juncker setzte zudem auch dank seiner Herkunft aus der katholischen Arbeiterbewegung andere politische Akzente und zeigte sich etwa offen für wirtschaftspolitische Kurskorrekturen, die auch eine vorsichtige Absetzung vom Berliner Austeritätskurs markierten. So legte die Kommission den nach ihm benannten Juncker-Plan für Investitionen auf, der zwar unterfinanziert war, aber von der Einsicht zeugte, dass sozialer Ausgleich nötig ist. Von Weber kann man solche Initiativen ebenso wenig erwarten wie Druck für weitgehende Reformen der Eurozone.

Nicht zuletzt aber wird es bei der anstehenden Neuaufstellung der EVP auf Webers Haltung gegenüber der autoritären Entwicklung in Europa ankommen. Sein Gegenkandidat um die konservative Spitzenkandidatur, der finnische Ex-Premierminister Alexander Stubb, hatte klar Front gegen Orbán gemacht. Im Einklang mit den Christdemokraten aus den Beneluxstaaten forderte er, die Fidesz wegen des von ihr betriebenen Rechtsstaatsabbaus in Ungarn aus der EVP zu werfen. Weber hingegen will größtmöglichen Plu-

5 Eurozonen-Reform: Ein Reförmchen, nicht die nötige Reform, www.sven-giegold.de, 4.12.2018.

ralismus in der Fraktion. Er gehört zwar zum liberalen Flügel der CSU, folgt aber seiner deutlich rechteren Parteiführung in München, wenn es darum geht, Orbán die Treue zu halten. Wohl nur auf Berliner Druck stimmte Weber im Europaparlament für die Einleitung des Rechtsstaatsverfahrens gegen Ungarn. Er weiß bei diesem zurückhaltenden Kurs Sebastian Kurz' ÖVP hinter sich und erfuhr im parteiinternen Wahlkampf offene Zustimmung von Orbán und Berlusconi.

Dahinter stehen einerseits taktische Motive: Die Fidesz erzielt bei Wahlen zuverlässig Ergebnisse jenseits der 40 Prozent und liefert der EVP damit wichtige Stimmen. Andererseits haben sich zahlreiche konservative Parteien nach rechts geöffnet, neben der ÖVP etwa der spanische Partido Popular oder Les Républicaines aus Frankreich. Einen ähnlichen Kurswechsel strebt Orbán für die EVP an und kann dabei schon erste Erfolge verzeichnen. So veränderte die Fraktion im November 2018 auf Druck der Fidesz eine gemeinsame Resolution: Statt der „liberalen“ will sie nun die „christliche Demokratie“ in Europa verteidigen – ein Begriff, den Orbán ausgrenzend im Sinne einer abendländischen Identität verwendet. Prompt jubilierte die regierungsnahe ungarische Tageszeitung „Magyar Hírlap“ über die Wahl Manfred Webers: „Es spricht für das Immunsystem der Partei, dass die Liberalen um Alexander Stubb sich nicht durchsetzen konnten. Jene Liberalen, die endgültig die Waffen strecken und sich dem Kultur- und Ethnomasochismus ergeben wollten.“⁶

Das Elend der Liberalen: Macrons schwierige Partnerwahl

Mit seinem eher moderierenden Kurs weiß Weber zwar eine große Mehrheit der EVP hinter sich, stößt aber außerhalb seiner Fraktion auf offen vorgetragene Bedenken, nicht zuletzt bei den Liberalen. Die französische Europaministerin Nathalie Loiseau etwa kritisierte auf Twitter, die Konservativen hätten einen Kandidaten gewählt, der „noch vor einigen Monaten Wahlkampf für Orbán machte, trotz der Risiken, dass Ungarn die Grundwerte der EU verletzt.“⁷

Diese Kritik kommt nicht zufällig aus Paris, kämpft der französische Präsident doch seit bald anderthalb Jahren – oft vergeblich – um europaweiten Rückhalt für seine Reformvorschläge: Emmanuel Macron will nicht zuletzt die europäische Wirtschaftspolitik durch ein Parlament der Eurozone demokratischer gestalten und die Gemeinschaftswährung durch verschiedene Maßnahmen besser gegen Krisen schützen. Offen ist, wie viel Elan er noch für solche Initiativen aufbringen kann, angesichts seiner massiven Probleme im eigenen Land⁸ und nachdem seine bisherigen Vorstöße in der EU weitgehend ausgebremst wurden, nicht zuletzt von Deutschland.

6 Mariann Ory, Európa oldalán, in: „Magyar Hírlap“, 9.11.2018, zit. nach der deutschen Übersetzung auf www.eurotopics.net.

7 @NathalieLoiseau, 8.11.2018.

8 Vgl. dazu den Beitrag von Miguel de la Riva in diesem Heft.

In die Hände spielen könnte ihm allerdings, dass nach dem Brexit der Einfluss der Eurozone wächst. Diese spielt in seinen Vorstellungen als der eigentliche Kern Europas eine zentrale Rolle. Nach dem Austritt Großbritanniens werden 85 Prozent der Wirtschaftsleistung der EU auf den Euroraum entfallen. Und im Europaparlament wird der Anteil von Abgeordneten aus Euroländern von 65 auf 72 Prozent anwachsen, vor allem zugunsten von Frankreich, Italien und Spanien.⁹

In jedem Fall arbeitet Macron daran, sich Einfluss in den europäischen Institutionen zu verschaffen. Seine Liste „Europe en marche“ – die ganz auf ihn zugeschnitten ist und seine Agenda ins Parlament tragen soll – wird nach der Wahl wohl eine Fraktionsgemeinschaft mit der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) bilden. Das ist machtpolitisch zunächst klug. Denn die ALDE dürfte nicht nur ihr Wahlergebnis erheblich verbessern, sondern stellt neben der EVP die meisten Regierungschefs in der EU, wenn auch zumeist in kleinen bis mittelgroßen Ländern wie den Beneluxstaaten, Estland und Dänemark. Damit hat sie nicht nur Gewicht im Europäischen Rat, sondern auch beträchtlichen Einfluss auf die Zusammensetzung der künftigen EU-Kommission.

Die Nachteile dieses Bündnisses für Macron sind allerdings ebenso offensichtlich. Seine wichtigsten Ansprechpartner auf Seiten der ALDE sind derzeit der niederländische Premierminister Mark Rutte mit seiner Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD) und Albert Rivera von den spanischen Ciudadanos. Wirtschaftspolitisch sind beide Parteien klar neoliberal. Zudem stehen beide für einen eher autoritären, rechtsliberalen Kurs. Die Ciudadanos profilieren sich in Madrid zwar als jugendlich-unverbrauchte Alternative zu den korruptionsgeplagten Konservativen, haben diese in der Katalonien-Frage aber konsequent von rechts kritisiert und größere Härte gegenüber der Regionalregierung angemahnt. Sie sind Teil des neu erwachten spanischen Nationalismus, der sich als Reaktion auf die katalanischen Unabhängigkeitsbestrebungen herausgebildet hat. Die VVD wiederum setzte bei der Parlamentswahl 2017 auf eine harte Hand im Umgang mit Einwanderern, um auf diese Weise dem Rechtspopulisten Geert Wilders Stimmen abzunehmen.

Rutte ist zudem ein dezidierter Kritiker von Macrons Euro-Reformplänen. Und damit steht er keineswegs allein: Zwar finden sich in der ALDE auch Kräfte, die den Vorstellungen des französischen Präsidenten näher stehen, darunter der vehemente Euro-Föderalist Guy Verhofstadt aus Belgien. Doch insgesamt bietet dieses Bündnis nicht den von Macron erhofften Rückhalt für seine progressive EU-Politik. Vor allem wird „Europe en marche“ in dieser Fraktionsgemeinschaft über keinen starken Verbündeten aus Deutschland, dem unerlässlichen Partner für jede große Reform, verfügen. Denn die FDP ist zwar an Bord, lehnt die französischen Pläne aber strikt ab. Insgesamt hat Macron mit dieser Allianz auf europäischer Ebene einen Schritt vollzogen, den er in Frankreich zu vermeiden sucht: die Festlegung auf ein Lager – nämlich das neoliberale.

9 Vgl. Nicolai von Ondarza und Felix Schenuit, *Brexit Tectonics*, in: „Berlin Policy Journal“, November/Dezember 2018.

Die gespaltene Linke

Für die Linke wäre die Lage daher im Grunde günstig: Die Konservativen stehen unter Druck von rechter wie von liberaler Seite. Und die liberalen Reformer müssten realisieren, dass große europäische Projekte ohne sozialen Rückhalt zum Scheitern verurteilt sind, halten aber dennoch am Austeritätskurs fest. Dagegen könnte den linken Kräften eigentlich das gelingen, woran sie in der Eurokrise noch gescheitert sind: eine attraktive Vision mehrheitsfähig zu machen, die anti-neoliberal und zugleich europäisch ist.

An Ideen dafür mangelt es nicht. Der DGB etwa hat schon vor Jahren ein großangelegtes Investitionsprogramm für die EU gefordert, einen „Marshallplan für Europa“. Ähnliche Forderungen erheben – mit stärkerem ökologischen Akzent – die Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz (G/EFA) und der neugegründete Europäische Frühling um den einstigen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis und den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der französischen Sozialisten Benoît Hamon. Von beiden Listen geht derzeit auf linker Seite die stärkste politische Dynamik aus: Die Grünen profitieren von einem Höhenflug in Deutschland und den Beneluxstaaten und der zunehmenden Relevanz des Klimaschutzes. Der Europäische Frühling wiederum verströmt den Reiz des Neuen. Unter seinem Dach haben sich junge Parteien versammelt, darunter viele aus Osteuropa wie die tschechischen Piraten und die slowenische Levica.

Der Europäische Frühling und die Grünen sind sich auch an einem anderen Punkt sehr nahe: Beide wollen eine Stärkung der EU, auch und gerade durch neue, demokratische Institutionen. An dieser Stelle gibt es durchaus Überschneidungen mit Macron, allerdings stehen dahinter andere strategischen Interessen: Wo es den Liberalen eher um globale Wettbewerbsfähigkeit geht, setzen linke Kräfte auf eine starke EU, um den Finanzsektor zu regulieren und die Ungleichheit auf dem Kontinent zu bekämpfen.

Allerdings verfügt keine der linken Fraktion über gleichmäßigen Rückhalt auf dem Kontinent. Die Grünen werden aller Dynamik zum Trotz kaum zulegen können, da sie vorerst ein westeuropäisches Phänomen im engeren Sinne bleiben. Vor einem ähnlich gelagerten Problem steht der Europäische Frühling, der in den großen EU-Staaten schwach vertreten ist. Auch deshalb kandidiert Varoufakis auf Platz eins der deutschen Liste: Die Bundesrepublik stellt mit 96 Parlamentariern die größte nationale Delegation, schon knapp ein Prozent der Stimmen reichen hierzulande für einen Sitz.

Doch während diese beiden Listen wenigstens aufstrebten, befindet sich die dritte Gruppe auf der Linken – die Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) – im Niedergang. Die Sozialdemokraten stellen nur noch fünf Regierungschefs in Europa und auch im Europaparlament droht ihnen der Fall unter die 20-Prozent-Marke: Sie verlieren nicht nur die große Labour-Gruppe, sondern werden gerade in bevölkerungsreichen Staaten wie Frankreich und Polen wohl nur noch einstellige Werte erzielen.

Immerhin hat die S&D mit ihrem niederländischen Spitzenkandidaten Frans Timmermans, dem bisherigen Juncker-Vize, einen prononcierten Kri-

tiker der autoritären Wende aufzubieten. Timmermans hat das Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn massiv vorangetrieben und kann sich gute Chancen ausrechnen, auch der neuen EU-Kommission anzugehören. Geschmälert wird dieser Eindruck jedoch durch massive Korruptionsvorwürfe gegen die Mitgliedsparteien aus der Slowakei, Bulgarien und Malta. Geht es schließlich um die Kritik an der seit Jahren vorherrschenden, vor allem von Deutschland forcierten Austeritätspolitik, bestehen zudem große Unterschiede zwischen den jeweiligen nationalen Parteien. Teils setzen sie sich vom Dritten Weg der Schröder-Blair-Jahre ab, wie die portugiesischen Sozialisten, teils haben sie mit entsprechenden Debatten gerade erst begonnen, wie die SPD.

Die gegenwärtige Zersplitterung des rot-rot-grünen „Lagers“ würde nun eigentlich ein stärkeres Zusammenrücken notwendig machen. Immerhin wurde im Europaparlament Mitte 2016 mit dem „Progressive Caucus“ nach US-Vorbild ein Forum gegründet, dem sozialdemokratische, grüne und linke Abgeordnete angehören. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Linke noch mehr als über die Austeritätspolitik in einer zweiten Frage gespalten ist, nämlich der grundsätzlichen Haltung zum vereinten Europa.

In der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) ist der Streit um diese Frage offen entbrannt. Der Linksnationalist Jean-Luc Mélenchon strebt einen harten Konfrontationskurs mit der EU an und stößt dabei auf Zuspruch wichtiger Partner aus Südeuropa und Skandinavien. Die deutsche Linkspartei um die scheidende Fraktionsvorsitzende Gabi Zimmer ist dabei ebenso ins Hintertreffen geraten wie die griechische Syriza um Alexis Tsipras, die einen Fraktionswechsel Richtung Sozialdemokraten oder Grüne erwägt. Sollte Mélenchon sich durchsetzen, hätte dies fatale Konsequenzen: Wo es schon arithmetisch nicht für rot-rot-grüne Mehrheiten reicht, träte nun noch ein unüberbrückbarer Dissens hinzu, der das linke Lager auf Jahre auseinanderzutreiben droht – und damit die europäische Rechte weiter stärken würde.

Die größte Gefahr für die EU besteht somit heute nicht mehr darin, dass Regierungen ihre Länder im Streit aus der Union führen könnten, sondern in der Abwendung der Demokraten vom europäischen Ideal gemeinsamen wertegeleiteten Handelns – sei es aus Zorn über die neoliberale Hegemonie wie bei einigen Linken, sei es aus Ermattung nach vergeblichen Reformversuchen, wie es bei Macron droht, oder sei es durch einen Rechtsruck, wie er den Konservativen bevorstehen könnte.

Sollten sich diese Tendenzen weiter wechselseitig verstärken, droht die EU nicht mit einem dramatischen Knall, sondern an langsamer innerer Auszehrung zu scheitern. Es ist daher an den demokratischen Kräften, ein gemeinsames strategisches Interesse zu formulieren – und dabei mehr als nur geringfügige Kompromisse einzugehen. Denn das vereinte Europa braucht heute mehr denn je ambitionierte Reformen, um gerechter, demokratischer und damit – angesichts von Handelskriegen und Klimakrisen – auch handlungsfähiger zu werden. Kurzum: Es bedarf eines Europas, das seine Bürger schützt und ihre Zukunft sichert – das wäre das beste und vielleicht einzige Mittel gegen den Vormarsch der Nationalisten.